

**Unicef-Skandal** Das Kinderhilfswerk kommt nicht zur Ruhe. Nach den Vorwürfen der vergangenen Wochen dringt die Basis auf

# Unicef-Helfer für Neuanfang

Ehrenamtliche fordern mehr Transparenz

Von Matthias Thieme

Die Führung von Unicef Deutschland verliert zunehmend die Kontrolle über die Basis der rund 8000 ehrenamtlichen Mitarbeiter. Die Beschlüsse der Vorstandssitzung am 14. Januar hätten das Ziel „weitgehend verfehlt (...), die Ruhe an der Basis wiederherzustellen und das Vertrauen der verunsicherten Partner in Wirtschaft und Kommunen zurückzugewinnen“, schreiben die Vorstandsmitglieder Rolf Seelmann-Eggebert und Carmen Creutz in einem internen Brief, der der FR vorliegt.

Der zerrüttete Vorstand soll nun schon wieder zu einer Sondersitzung zusammenkommen. Voraussichtlicher Termin ist der 2. Februar. Unicef-Insider erwarten einen erbitterten Machtkampf zwischen Geschäftsführer Dietrich Garlichs und der Vorsitzenden Heide Simonis, der dann nur noch schwer mit diplomatischen Presseerklärungen verdeckt werden könne.

„Ich habe den Eindruck, wir, die Mitglieder des Vorstands, sind im Begriff, das Vertrauen der Basis zu verlieren, deren hohes Lied wir immer gesungen haben“, so Seelmann-Eggebert in einem zweiten Schreiben an die Vorstandsmitglieder. „Von uns wird ein Neuanfang erwartet. Darauf haben wir bislang keine überzeugende Antwort gefunden.“

Noch am Mittwoch hatte Unicef-Sprecher Rudi Tarneden Berichte dementiert, wonach die ehrenamtlichen Mitarbeiter über die Vorgänge beim Kinderhilfswerk empört seien. Bei den Arbeitsgruppen, die offen einen Rücktritt Garlichs' fordern, handele es sich um „Einzelstimmen“, sagte Tarneden gegenüber Nachrichtenagenturen.

Doch neue Briefe von der Basis an den Vorstand belegen, dass unter den ehrenamtlichen Mitarbeitern längst der Aufstand gegen die Führung tobt. So haben sich die Leiter von zehn Arbeitsgruppen quer durch die Republik zusammengeschlossen und einen Brief an den Vorstand geschrieben, der der FR vorliegt. „Der Geschäftsbericht von Unicef bedarf größerer Transparenz“, fordern die Arbeitsgruppenleiter aus Konstanz, Heilbronn, Dortmund und Cottbus. Es müssten die Kriterien des Lehrstuhls für Rechnungslegung und Prüfung des Professors Lothar Schruff aus Göttingen angelegt werden, schreiben sie mit ihren Kollegen aus Kassel, Mannheim, Regensburg, Worms und Landshut.

## Vorstand setzt neue Sondersitzung zu den Vorwürfen an

„Wir halten eine stärkere institutionelle Einbindung der Ehrenamtlichen auch in die Kontrolle der Finanzflüsse für dringend erforderlich“, heißt es in dem Brief. Dafür müsse ein Gremium geschaffen werden. Die vom Vorstand vorgeschlagene Einrichtung eines Wirtschaftsausschusses sei nicht geeignet, „da hier wie in einem geschlossenen System nur Mitglieder des Vorstands vertreten sind, der Vorstand demnach sich selbst kontrolliert.“

Man sei „zutiefst besorgt und voller Unverständnis“ angesichts der Vorgänge. Selbst die Vertreterin des Beirats im geschäftsführenden Vorstand habe trotz zweier Sondersitzungen im Juni „keine Einsicht in die damals bereits vorliegenden Vorwürfe“ erhalten. Um nicht zum „Abnickergang“ zu werden, bedürfe es „der

vollständigen Akteneinsicht“. Unicefmüße Ethikrichtlinien für moralisch vertretbares Fundraising entwickeln, fordern die Gruppen.

Regeln im Deutschen Fundraising gibt es bereits. „Wir lehnen erfolgsbezogene Vergütungen bei der Akquirierung von Spenden völlig ab“, sagt Rüdiger Sornek, Vorsitzender des Deutschen Fundraising-Verbands. „Man darf Leistungskomponenten nicht an der Spendenhöhe festmachen.“ Unicef hatte einem Berater zwischen sechs und zwölf Prozent für jede vermittelte Spende bezahlt. Auch an der Spende des Lidl-Konzerns von 500 000 Euro verdiente der Berater rund 30 000 Euro, obwohl er an der Vermittlung laut Lidl-Manager Stefan Rohrer niemals beteiligt war. Unicef versuchte dem Heilbronner Oberbürgermeister den Vorgang zu erklären und schickte erst einen, dann noch einen korrigierten Brief. Unicef strich die Passage dass der Berater „glaubhaft versicherte, dass er bei der Vermittlung dieser Spende tätig war“.

## Fehler des Managements festgestellt

Experte bewertet den Bericht der Wirtschaftsprüfer von KPMG

Von Lothar Schruff

Unicef erklärt die Berichterstattung der Frankfurter Rundschau über meine Stellungnahme zum KPMG-Bericht vom 14. Januar 2008 für falsch. In ihrer Stellungnahme vom 16. Januar führt Unicef aus:

„Anders als von der FR berichtet, spricht KPMG nirgendwo von Managementfehlern. Es ist völlig unverständlich, wie der von der FR zitierte Professor Lothar Schruff zu einer gegenteiligen Beurteilung wie die KPMG kommen und ohne eigene Prüfung per Ferndiagnose ‚eindeutig gewichtige Managementfehler‘ feststellen kann.“

Der Vorwurf der Ferndiagnose ist völlig unberechtigt. Gegenstand meiner Stellungnahme

war der mir vorliegende KPMG-Bericht. Es ging ja ausschließlich um die Fragestellung, ob das Prüfungsergebnis Unicef eindeutig entlastete.

In ihrer Stellungnahme verweist Unicef darauf, dass KPMG nirgendwo von Managementfeh-



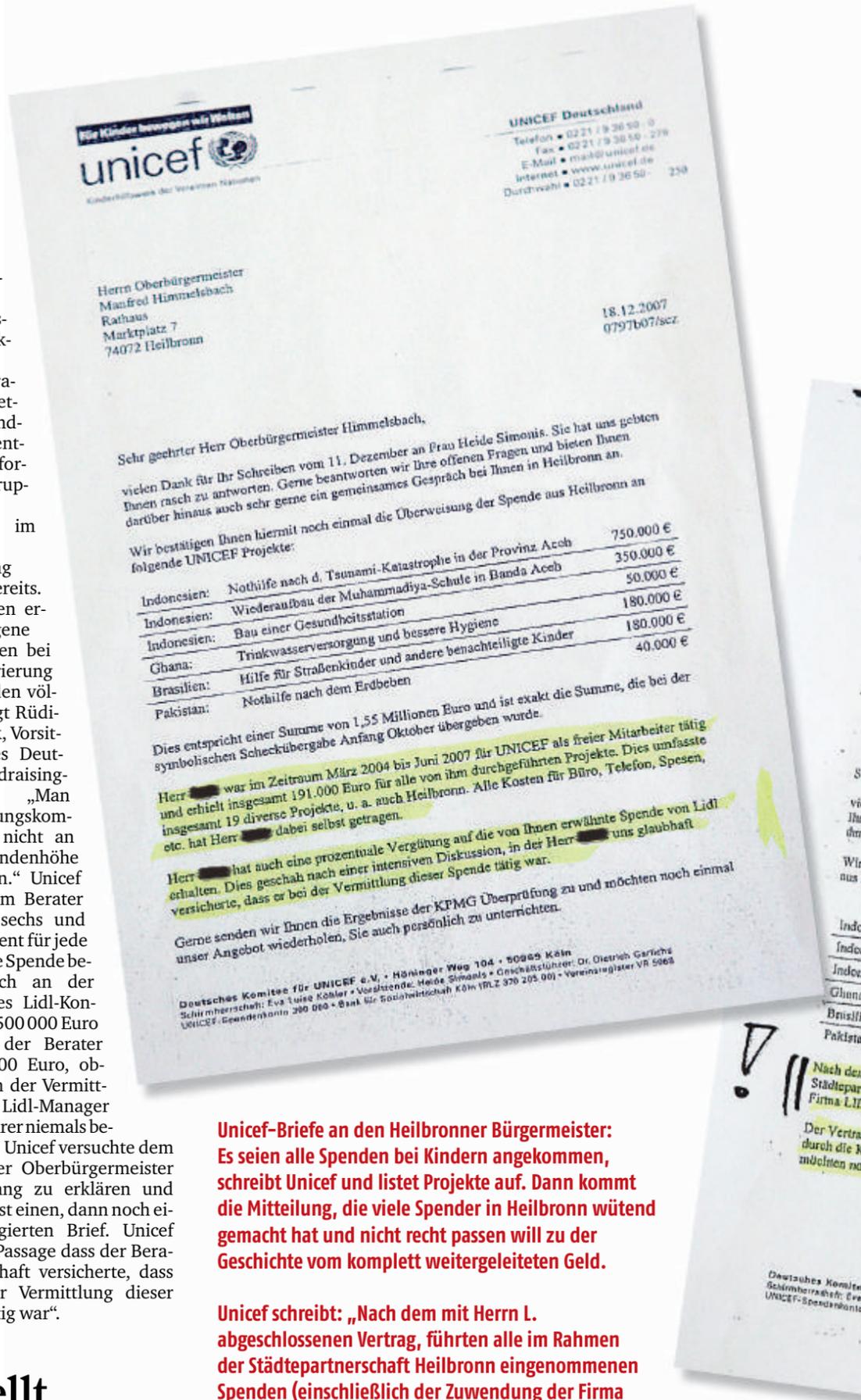
**Lothar Schruff** ist Professor für Rechnungslegung und Prüfungswesen an der Georg-August-Universität Göttingen. PRIVAT

lern spricht. Zwar benutzt KPMG nicht das Wort „Managementfehler“, beschreibt sie aber inhaltlich. Management bedeutet die Leitung und Führung von Unter-

nehmen. Bei Unicef obliegt die Leitung offensichtlich dem alleinigen Geschäftsführer, der für das operative Geschäft zuständig und verantwortlich ist.

Ein Prüfungsgegenstand von KPMG war, ob „die bestehenden Regeln für die Vergabe, Durchführung und Kontrolle der Transaktionen eingehalten“ wurden. Derartige Prozesse sind eindeutig dem Management zuzuordnen.

KPMG kommt hier zu dem Ergebnis, dass „in vier der fünf untersuchten Sachverhalte Verstöße gegen bestehende Regeln der Vergabe, Durchführung und Kontrolle von Transaktionen festgestellt“ wurden. Damit ist auch die Behauptung von Unicef, ich komme „zu einer gegenteiligen Beurteilung wie die KPMG“, nicht nachvollziehbar.



**Unicef-Briefe an den Heilbronner Bürgermeister: Es seien alle Spenden bei Kindern angekommen, schreibt Unicef und listet Projekte auf. Dann kommt die Mitteilung, die viele Spender in Heilbronn wütend gemacht hat und nicht recht passen will zu der Geschichte vom komplett weitergeleiteten Geld.**

**Unicef schreibt: „Nach dem mit Herrn L. abgeschlossenen Vertrag, führten alle im Rahmen der Städtepartnerschaft Heilbronn eingenommenen Spenden (einschließlich der Zuwendung der Firma Lidl) zu einem Honoraranspruch von Herrn L.“ Insgesamt bekam der Berater für dieses und andere Projekte 190 000 Euro von Unicef.**

Unicef beschäftigt mittlerweile zwei Anwaltskanzleien, um die Berichterstattung der Frankfurter Rundschau, des Kölner Stadtanzeigers und der Mitteldeutschen Zeitung anzugreifen. Bislang haben die Zeitungen alle juristischen Angriffe von Unicef abgewiesen. Auch für diese Aktionen muss Unicef möglicherweise nun ihr zur Verfügung stehende Geldmittel ausgeben. Hier eine Dokumentation der Angriffe:

Unicef fordert, dass sich die FR verpflichtet, nicht mehr zu schreiben, „bei der Sonderuntersuchung Unicef habe die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft unter anderem die nicht nachvollziehbare Mittelverwendung

bemängelt“. Die im zweiten Satzteil enthaltene Behauptung sei unwahr.

Die FR bleibt bei ihrer Darstellung, wonach die Wirtschaftsprüfer in ihrem Bericht die nicht nachvollziehbare Mittelverwendung bei Unicef bemängelt haben. Die Prüfer schreiben in dem Bericht, der auch auf der Unicef-Website öffentlich zu lesen ist: „In vier der fünf von uns untersuchten Sachverhalte wurden Verstöße gegen bestehende Regeln der Vergabe, Durchführung und Kontrolle von Transaktionen festgestellt.“ Die Verstöße betreffen den Bereich der ordnungsmäßigen Geschäftsführung, in unseren Worten: der Nachvollziehbarkeit.